



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P"VI/252 - 29.10.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Unüberbrückbare Gegensätze	S. 1
Paris erwartet die UNO	S. 3
Die heimatlosen Ausländer im Bundesgebiet	S. 5
Nachwahlen in Nordrhein-Westfalen	S. 6
Zum Gedenken Bruno Schönlanke	S. 7

Die britischen Wahlen und die SPD

Von Alfred Kubel, Finanzminister in Niedersachsen

Ausländische konservative Politiker fragten mich in einem Gespräch vor den englischen Wahlen, ob nicht eine Ablösung der Labour-Regierung durch eine Konservative auch der deutschen Sozialdemokratie eine beträchtliche Einbuße an Ansehen bringen werde.

Um die Antwort vorweg zu nehmen: Ich bin der Meinung, daß der Wahlausgang in England mit dem Ansehen der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland gar nichts zu tun hat. Einmal hat das Wahlergebnis selbst gezeigt, wie sehr Labour sich behaupten konnte und daß es einfach nicht stimmt, wenn man sagt, das britische Volk habe mit dem Stimmzettel entschieden, daß die "stille Revolution von 1945" beendet werde. Labour erhielt mehr Stimmen als die Partei Churchills.

Andererseits hat die Besatzungspolitik in Deutschland, soweit sie von einer Labour-Regierung zu verantworten war, dem Ansehen der deutschen Sozialdemokratie auch geschadet. Sie gab dem deutschen politischen Gegner billige Argumente in die Hand.

Im übrigen habe ich meinen Gesprächspartnern einige Fragen gestellt:

1. Glauben Sie, daß eine Regierung unter Churchill die Subventionierung der Grundnahrungsmittel in England aufrecht erhalten würde?

Die Antwort lautete: Wahrscheinlich nicht.

Dazu haben wir nur zu bemerken, daß dann die Preise für Lebensmittel in England erheblich in die Höhe gehen werden, ohne daß irgend jemand annehmen sollte, daß wegen der eingesparten Subventionsmittel die Steuern gesenkt werden würden. Die Subventionspolitik der britischen Labour-Regierung war ganz ohne Zweifel eine brauchbare Methode eines gewissen Lastenausgleichs zugunsten der Bevölkerungsschichten mit geringem Einkommen.

2. Glauben Sie, daß eine konservative Regierung die Investitionskontrolle aufrecht erhalten würde?

Diese Investitionskontrolle hat ohne Zweifel dadurch, daß sie das Investitionskapital der ausschließlichen Verfügungsgewalt der privaten Eigentümer entzog, einen organischen Wiederaufbau der englischen Wirtschaft mit sich gebracht, hat England in erstaunlich kurzer Zeit frei vom Dollar zu machen verstanden und hat eine Vollbeschäftigung nun bereits seit Jahren gesichert.

Die Antwort auch auf diese Frage war, daß die Investitionskontrolle wahrscheinlich aufgehoben würde.

Nun ist zwar, nachdem die Investitionskontrolle ihre oben angedeuteten, sagensreichen Wirkungen gehabt hat, ihre Aufhebung (ganz oder teilweise) im Jahre 1951 oder 1952 nicht so schlimm, als sie es im Jahre 1945 nach Abschluß der Kriegshandlungen gewesen wäre. Es besteht aber kein Grund zu der Annahme, daß sie nicht die englische Wirtschaft und vor allem den englischen Arbeitsmarkt über kurz oder lang in eine Reihe rücken würde mit der Arbeitsmarktlage aller anderen Länder mit liberalistischer Wirtschaftspolitik. Das würde bedeuten, daß England - ebenso wie diese Länder - eine industrielle Reservearmee, d.h. also, eine Dauerarbeitslosigkeit zu erwarten hätte.

Man kann also durchaus der Meinung sein, daß der konservative Wahlsieg in England, wenn er wesentliche Elemente der Labour-Politik aus der englischen Politik ausmerzt, eher dem Ansehen der deutschen Sozialdemokratie zuträglich sein wird, als er ihm schaden könnte. Wenn mit Churchill über kurz oder lang Preissteigerungen für die Grundnahrungsmittel und Arbeitslosigkeit einträte, wäre das ein neuer praktischer Beweis für die Vorzugswürdigkeit sozialistischer Methoden.

Meine Gesprächspartner reagierten anders.

Sie meinten, daß eine gewisse Arbeitslosigkeit dem Fleiß der Arbeitnehmerschaft und der Arbeitsdisziplin sehr zuträglich sei. Damit beschränken sie einen Boden, auf dem es zwischen uns und ihnen nicht viel Gemeinsames mehr gibt. Sie bewiesen damit wieder einmal die ganze Phantasielosigkeit kapitalistischer Wirtschaftsmethoden, die zuletzt doch nur die Peitsche kennen, um damit Sklaven zur Arbeit zu treiben und sei es hier die Peitsche des Hungers und der Hoffnungslosigkeit von Millionen Arbeitsloser!

+ + +

UNO rüstet für Paris

A-ler. Haben die Vereinten Nationen, die sich nun zu ihrer sechsten Vollversammlung am 6. November in Paris rüsten, überhaupt noch einen Wert? Ist der Gedanke, Menschheitsprobleme vor einem gemeinsamen Forum zu diskutieren, um Wege nach ihrer Lösung zu suchen, nicht abermals ad absurdum geführt worden, nachdem bereits der Völkerbund gescheitert war?

Man könnte in einer langen Liste die Fehlschläge der UNO aufzeigen und die Schwächen darlegen, an denen sie krankt. Vielleicht ebenso lang wäre aber auch die Erfolgsliste - angefangen von dem erzwungenen Rückzug der Sowjetunion aus Nordpersien, der Beilegung des Palästina-Konflikts und der Lokalisierung des Koreakrieges. Nicht aufzählen kann man aber die Unzahl von Zusammenstößen und Streitfragen, die sich nicht ausweiteten, weil sie im täglichen Kontakt am runden UNO-Tisch in ihren Anfangsstadien bereinigt wurden. Abgesehen vom Interalliierten Kontrollrat in Wien ist die UNO heute der einzige Boden, auf dem Amerika und die Sowjetunion noch Diskussionspartner sind, umgeben von einer Schaar kleinerer, auf Vermittlung und Mäßigung bedachter Mächte. Wer weiß, wie die Welt heute aussähe, wenn auch diese Möglichkeit nicht mehr bestünde?

Das ist gewiß ein bescheidener Rest der Ideale von 1945. Damals hegte die ganze Welt die Hoffnung, daß die Sieger des zweiten Weltkrieges in stande sein werden, einer zerrütteten Welt den Frieden zu geben und zu sichern. Das war eine Illusion.

Der Sowjetunion als Mitunterzeichner der UNO-Satzung lag nichts an internationaler Zusammenarbeit. Sie sabotierte die Bemühungen um die Schaffung einer wirksamen kollektiven Sicherheit, einer internationalen Kontrolle der Atomenergie und zeigte sich desinteressiert an der Linderung der sozialen und wirtschaftlichen Nöte der Welt. Keine der großen humanitären Aktionen, die die UNO unternahm - man denke nur an die Neuansiedlung Hunderttausender durch den Krieg entwurzelter Menschen - trägt die Unterschrift sowjetischer Staatsmänner. Etwa fünfzigmal machte die Sowjetunion von ihrem Vetorecht Gebrauch. Im zwischenstaatlichen Verkehr leugnete sie alle Grundsätze des Völkerrechts. In Korea gab sie in klarer Herausforderung aller UNO-Grundsätze das Signal zum verbrecherischen Angriffskrieg - aber hier begann sie ihren entscheidendsten Fehler. Zum erstenmal

in der Neuzeit wurde bewiesen, daß sich ein Angriff nicht lohnt. Hätte der Völkerbund, als Japan 1931 die Mandchurei und das faschistische Italien 1935 Abessinien überfielen, ebenso rasch, entschlossen und mutig gehandelt, der Weltkrieg hätte vielleicht nicht stattgefunden.

Eine andere UNO als sie vor sechs Jahren in San Francisco gegründet wurde, wird in Paris zusammenkommen. Die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und der von ihr abhängigen Staaten im Weltmaßstab fand ihren eindrucksvollen Niederschlag im Ausbau regionaler Zusammenschlüsse nichtkommunistischer Länder, von denen der Atlantikpakt der bedeutsamste und weitestreichende ist. Unter dem Einfluß des Koreakrieges wurde der Mechanismus zur Abwehr von Aggressionen verbessert. Die Vollversammlung hat nun die Macht, alle Mitglieder zur Hilfeleistung im Falle eines bewaffneten Konfliktes aufzurufen - eine Pflicht, die früher nur dem Sicherheitsrat oblag. Damit hat das sowjetische Veto seine hemmende Wirkung verloren. Zweidrittel-Mehrheitsentscheidungen der Vollversammlung kann die Sowjetunion nicht mehr blockieren. Das ist ein großer Fortschritt, der die Autorität und Lebenskraft der UNO erhöhte und ihr ein moralisches Gewicht verleiht, wie es der Genfer Völkerbund in seinen besten Tagen nicht besaß.

Auch die sechste Vollversammlung wird wie frühere Tagungen das erregende Schauspiel eines Redekampfes zwischen West und Ost bieten. Dazwischen werden die Stimmen jener Staaten ertönen, die, wie Ägypten und Persien, ohne Parteigänger zu sein, ihre Sonderwünsche und Beschwerden gegen den Westen haben. Explosivstoffe ersten Ranges sind die Frage der Aufnahme des kommunistischen Chinas in die UNO und die Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Möglichkeit freier und allgemeiner Wahlen im Gebiet der vier Besatzungsmächte Deutschlands. Die Reaktion der Sowjetunion auf die von den Westmächten wahrscheinlich geforderte Untersuchungskommission wird Aufschluß über die endgültigen Deutschlandabsichten der Sowjets geben.

+ + +

Deutsche in Polen

(sp) Die in den letzten Wochen bekanntgewordene Aktion zur Rückführung deutscher Arbeitskräfte in die polnisch verwalteten Gebiete östlich der Oder und Neiße, sowie die Tatsache, daß dort noch sehr viele Deutsche sind, findet jetzt eine indirekte Bestätigung: In Waldenburg (Walbrzych) sind die ersten Publikationen in deutscher Sprache erschienen, und zwar die Monatsblätter "Wir bauen auf" und "Arbeiter-Stimme". Herausgeber dieser beiden Blätter ist die "Bergmannschaft Waldbrzych".

+ + +

50000 stecken noch in Massenlagern

O.H. Neben dem millionenfachen deutschen Flüchtlingsproblem besteht in Westdeutschland als traurige Erscheinung der Nachkriegszeit und als Nachwirkung der Zwangsverschleppung von fremden Arbeitern durch das Dritte Reich das Problem der Ausländer, die in ihre von den Sowjets beherrschten Länder nicht zurückkehren können oder wollen. Nachdem der übergroße Teil von ihnen durch die Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO) nach anderen Ländern umgesiedelt wurde, befanden sich nach den letzten Ermittlungen am 1. April 1951 in der Bundesrepublik noch 212.989 dieser Ausländer aus den Ländern jenseits des Eisernen Vorhanges. Fast ein Viertel, und zwar 51.949 befinden sich noch in IRO-Lagern, davon allein in Bayern 30.127. Die Zahl der Ausländer anderer Nationalitäten im Bundesgebiet beträgt 229.436, darunter 24.148 Jugoslawen, ferner 56.454 Staatenlose.

Die heimatlosen Ausländer, von denen der übergroße Teil zunächst in Deutschland verbleiben wird, sind neuerdings dazu übergegangen, sich zur besseren Vertretung ihrer Interessen in nationale und übernationale Organisationen zusammenzuschließen. Die rechtliche Grundlage hierzu bietet das vom Bundestag beschlossene Gesetz vom 25. April 1951 über die Gleichstellung der heimatlosen Ausländer mit den deutschen Staatsangehörigen.

Auf einer kürzlich stattgefundenen Konferenz von Vertretern der polnischen, ukrainischen, lettischen, litauischen, ungarischen und der jugoslawischen Gruppe wurde beschlossen, eine gemeinsame Organisation ins Leben zu rufen, die als Repräsentation der heimatlosen Ausländer bei der Bundesregierung in Bonn, der UNO, IRO und bei den alliierten Behörden wirken soll.

Polen stellen Haupt-Kontingent

Unter den heimatlosen Ausländern in Westdeutschland bilden die Polen mit 111.255 Personen, davon 30.127 in Lagern, mehr als die Hälfte. Hinzu kommen noch die bereits von früher her besonders

in Westfalen zahlreichen polnischen Volksangehörigen. Die seit 1945 in Deutschland sesshaften Polen haben sich in einer besonderen Organisation zusammengeschlossen, insbesondere auch darum, weil der alte Polenbund sich in zwei Gruppen - in eine nach dem Warschauer kommunistischen Regime ausgerichtete und in eine gegnerische nationale Gruppe - gespalten hat. Es ist den Polen bereits gelungen, ein reges kulturelles Leben zu entfalten. In den Lagern bestehen polnische Schulen; darüber hinaus werden in Ortschaften, wo die Kinderzahl für eine besondere polnische Schule nicht ausreicht, Bemühungen um die Schaffung polnischer Klassen bei den bestehenden Schulen getroffen. Insgesamt gibt es in der Bundesrepublik rund 9000 polnische Kinder im schulpflichtigen Alter. Im Lande Nordrhein-Westfalen, wo die heimatlosen Ausländer das ihnen in kultureller Hinsicht gezeigte Entgegenkommen besonders anerkennend hervorheben, ist für das polnische Schulwesen sogar ein besonderer, aus den Reihen der polnischen Flüchtlinge kommender Landesschulinspektor angestellt worden.

Sondersiedlungen im Aufbau

In verschiedenen Ländern der Bundesrepublik sind auch bereits besondere Siedlungen für heimatlose Ausländer errichtet worden, die jüngste in Dortmund-Eving für 274 Familien. In Hamburg-Alsterdorf ist eine weitere Siedlung dieser Art im Aufbau, wobei die Polen bereits das Material zum Bau einer eigenen Kirche durch den Erwerb einer zum Abbruch bestimmten großen Holzbaracke bereit- und die städtischen Behörden das Grundstück für die Kirche zur Verfügung gestellt haben.

Es ist zu hoffen, daß bei gutem Willen von allen Seiten auch die Frage der heimatlosen Ausländer in Deutschland nach und nach einer zufriedenstellenden Lösung zugeführt wird.

+ + +

Hoher CDU - Sieg ?

(sp) Die "Kölnische Rundschau", das Leibblatt des Bundeskanzlers, berichtet von einem "hohen CDU-Sieg" bei den sonntägigen Nachwahlen in den nordrhein-westfälischen Wahlkreisen von Hamm und Wiedenbrück. Im Lichte der Wahlergebnisse gesehen, nimmt sich dieser "Sieg" recht bescheiden aus. Die "Kölnische Rundschau" addiert einfach die bei den letzten Landtags-Wahlen abgegebenen Zentrumsstimmen - beide Parteien stellten diesmal einen gemeinsamen Kandidaten - zu den CDU-Stimmen und verfälscht sie in einen "Erfolg" der Kanzlerpartei. Das hervorragendste Merkmal dieser Nachwahlen ist nicht die Wiederwahl zweier CDU-Abgeordneter - sie war in diesen rein katholischen Gebieten, wo die Schulfrage eine große Rolle spielt, niemals zweifelhaft - sondern das stets Anwachsen der sozialdemokratischen Opposition. Die SPD gewann im Kreis Wiedenbrück rund 4500 Stimmen und ihr prozentualer Anteil stieg von 23,7 auf 29,9, wogegen der CDU- und Zentrums-Anteil von 60,2 auf 57,9 Prozent sank. Im Wahlkreis Hamm bekannten sich 10.458 Wähler zur SPD, rund 2000 mehr als bei der letzten Landtagswahl. Daß sich CDU und Zentrum hier etwas besser als in Wiedenbrück gehalten haben, verdanken sie dem Zustrom aus der FDP, die etwa 1000 Stimmen verlor. Alles in allem: Kein Grund zum Jubel für die größte Regierungspartei. Trotz allerhöchsten Aufgebotes ist es ihr nicht gelungen, den Anstieg der SPD aufzuhalten.

+ + +

Reformator der sozialdemokratischen Presse

y. Vor fünfzig Jahren, am 30. Oktober 1901, starb Bruno Schönlanck, der Vater. Er war der erste sozialdemokratische Journalist, der die Notwendigkeit erkannte, an die Stelle reiner Kampf- und Propaganda-Zeitungen der Sozialdemokratie Blätter zu setzen, die auch dem wachsenden Bedürfnis der Massen nach Information und Unterhaltung Rechnung trügen.

Zunächst wurde er als politischer Redakteur an das nach dem Erlöschen des Sozialisten-Gesetzers erneuerte Zentral-Organ der Partei, den Berliner "Vorwärts" berufen. Da aber der alte Wilhelm Liebknecht die Notwendigkeit einer neuen publizistischen Konzeption nicht einsah, ging Schönlanck 1894 nach Leipzig, um die Leitung der neugegründeten "Leipziger Volkszeitung" zu übernehmen. Durch Verschmelzung des reinen Grundsatz-Organes mit dem aktuellen Nachrichten- und dem gediegenen Unterhaltungsblatt wollte er die lebendige sozialdemokratische Zeitung schaffen, die die bürgerliche Presse an journalistischer Leistung erreichen und übertraffen sollte.

Es fehlte natürlich nicht an Mißtrauen und Skepsis. Sollte das politische Kampfblatt, so fragte man damals vielfach (und so wird mitunter von den Alten auch heute noch gefragt) zum Generalanzeiger oberflächlicher sozialdemokratischer Tendenz herabsinken, der allenfalls Wählerstimmen frechen, aber keine grundsatzfesten Kämpfer erziehen konnte? Es war zweifellos ein Experiment. Aber es gelang dank der ungewöhnlichen Fähigkeiten Schönlancks, der in seiner Person den Politiker mit dem Journalisten zu vereinigen wußte. In wenigen Jahren entwickelte er das Leipziger Blatt zum größten und einflußreichsten Organ der deutschen Sozialdemokratie neben dem "Vorwärts", den es nicht nur in der Vielgestaltigkeit und Qualität des Inhaltes, sondern auch an Kampfegeist übertraf. Die "Leipziger Volkszeitung", an der die fähigsten sozialdemokratischen Journalisten tätig waren, wurde zum Vorbild für die gesamte Parteipresse, das freilich nie ganz erreicht wurde.

Bruno Schönlanck war aber nicht nur ein bahnbrechender Journalist, sondern überhaupt eine der stärksten geistigen Kräfte, über die die Sozialdemokratie damals verfügte. Zahlreiche seiner grundlegenden, oft aufbrütelnden publizistischen Arbeiten auf sozial-ökonomischem Gebiet begründeten seinen wissenschaftlichen Ruf. 1891 gehörte er zu der Kommission, die dem Kautskyschen Entwurf des Erfurter Programms die endgültige Fassung gab. An den theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie in den 90iger Jahren nahm er stärksten Anteil. Seit 1897 gehörte Schönlanck dem Deutschen Reichstag an, von dessen Tribüne er im November 1900 sein letztes Wort an die Öffentlichkeit richtete. Er starb, erst 42 Jahre, an den Folgen einer tödlichen Krankheit, die seine letzten Kräfte verzehrte.